



Russland – Kein Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung

Prof. Dr. Eberhard Schneider

Juli 2014

Zusammenfassung

Der russische Business-Ombudsman Boris Titow kommt in seinem jetzt bekannt gewordenen jährlichen Rechenschaftsbericht zu dem Ergebnis, dass die Unternehmer kein Vertrauen in die gegenwärtige russische Wirtschaftspolitik haben. Zwei Drittel beklagen die Unbestimmtheit der wirtschaftlichen Situation. Das gegenwärtige Wirtschaftsmodell sichert zwar die Bedürfnisse der Bevölkerung und die Durchführung der staatlichen Politik in den notwendigen Ressourcen, ist aber wenig effektiv, aufwendig und labil bezüglich negativer Veränderungen am Rohstoffmarkt. Dieses Wirtschaftsmodell kann weder das weitere Wachstum des Lebensniveaus der Bevölkerung noch die Vermehrung der staatlichen Einnahmen sichern.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



ANALYSE

Der „Bevollmächtigte beim Präsidenten für den Schutz der Unternehmer“, der Business-Ombudsmann Boris Titow, legte Präsident Wladimir Putin am 26. Mai seinen jährlichen Rechenschaftsbericht vor, zu dem er verpflichtet ist. In seinem Bericht muss er die unternehmerische Tätigkeit in Russland beurteilen und Vorschläge zur Verbesserung der rechtlichen Lage der Wirtschaftssubjekte machen. Sein Bericht über das „Wirtschaftsklima in Russland 2014“¹ wurde Anfang Juni zugänglich.²

Das Amt des Business-Ombudsmanns wurde von Putin bald nach dem Antritt seiner dritten Amtszeit als Präsident am 22. Juni 2012 geschaffen. Zum ersten Business-Ombudsmann, der dem Präsidenten unterstellt ist, ernannte er für fünf Jahre Boris Titow. Titow wurde 1960 in Moskau geboren und absolvierte 1983 das Moskauer Institut für internationale Beziehungen (MGIMO) im Fach Internationale Wirtschaftsbeziehungen. Von 2000 bis 2005 war er Vizepräsident der „Russischen Union für Unternehmer und Industrielle“, des Verbandes für die Großindustrie. Von 2004 bis 2012 bekleidete er die Funktion des Vorsitzenden des Verbandes für die kleinen und mittleren Unternehmen „Delowaja Rossija“ („Tätiges Russland“). 2001 trat der Milliardär Titow in die von Putin geleitete Volksfront ein.

Der Business-Ombudsmann, dem insgesamt nur zwei Amtsperioden gestattet sind, darf kein Senator oder Abgeordneter der Staatsduma oder eines regionalen Parlaments sein. Er darf auch nicht Vorsitzender einer Partei oder einer anderen gesellschaftlichen Organisation sein. Der Präsident kann ihn jederzeit abberufen. Titow verfügt auf föderaler Ebene über 48 föderale Ombudsmen und in 65 Föderationssubjekten über regionale Ombudsmen. 6.593 Unternehmen hat Titow im Blick.

Nach dem Gesetz über den „Bevollmächtigten beim Präsidenten für den Schutz der Unternehmer“, das am 1. Januar 2014 in Kraft trat, hat der Business-Ombudsmann folgende Aufgaben³: Er hat die „Rechte und die gesetzlichen Interessen russischer und ausländischer Subjekte der unternehmerischen Tätigkeit auf dem Territorium der Russischen Föderation und russischer Subjekte der unternehmerischen Tätigkeit auf den Territorien ausländischer Staaten... zu schützen“. Er kontrolliert die Einhaltung der Rechte und gesetzlichen Interessen der Wirtschaftssubjekte und beteiligt sich an der Formulierung und Realisierung der staatlichen Politik bezüglich der Entwicklung der unternehmerischen Tätigkeit und des Schutzes der Rechte und gesetzlichen Interessen der Subjekte der unternehmerischen Tätigkeit.

Ferner hat der Ombudsmann⁴ die Aufgabe, die Beschwerden der Unternehmer bezüglich der russischen Gesetzgebung aufzunehmen und innerhalb von zehn Tagen zu entscheiden, ob er sie annimmt. In diesem Fall hat er diese an die staatlichen Organe weiterzuleiten. Er kann sich an Gerichte wenden, wenn ungesetzliche Rechtsakte vorgenommen werden bzw. wenn gesetzliche Interessen von Subjekten des Wirtschaftslebens verletzt wurden.

¹ <http://news.kremlin.ru/news/21095>

² <http://www.doklad.ombudsmanbiz.ru/>

³ <http://text.document.kremlin.ru/SESSION/PILOT/main.htm>

⁴ <http://www.xn--9sbbmcdjh3bcfh4bf4a.xn--p1ai/>



In seinem jüngsten Jahresbericht kommt der Ombudsmann zu dem Ergebnis, dass die Unternehmer kein Vertrauen in die gegenwärtige russische Wirtschaftspolitik haben. 64 % der Unternehmer beklagen die Unbestimmtheit der wirtschaftlichen Situation, die auf die Entwicklung bremsend wirkt. Für 31 % von ihnen wirkt sich dies sogar stark bremsend aus. 43 % meinen, dass sich dieser Faktor – im Vergleich zum vergangenen Jahr – sogar verstärkt hat.

Ein zweiter bremsender Faktor sind die hohen Kosten. Genannt werden die Steuern (74 %), die Kreditzinsen (63 %), die Energiepreise (60 %) und die Arbeitskosten (54 %). 68 % sind der Meinung, dass sich – verglichen mit 2013 – der Energiekostenfaktor verschlechtert hat. Titow beklagt in diesem Zusammenhang, dass ab dem 1. Januar nächsten Jahres die Kleinunternehmer Vermögenssteuer zahlen müssen.

Als weitere Faktoren, welche die Entwicklung der Wirtschaft bremsen, werden die Konkurrenz durch Importe (32 %), die Arbeit der Gerichte (36 %) und die Bodenpreise (40 %) angeführt. 36 % der Unternehmer sind der Ansicht, dass sich gegenüber dem Vorjahr vor allem der Faktor der Bodenpreise verschlechtert hat.

Die Industrieunternehmen stellen einen zunehmenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften (64 % gegen 58 % im Vorjahr) fest, die wachsende Abnutzung von Anlagen und das sich stärker bemerkbar machende Fehlen derselben (52 % gegenüber 45 %) und den negativen Einfluss der Volatilität des Rubels (49 % gegenüber 43 %). Das geht alles aus einer Umfrage hervor, welche das Moskauer Meinungsforschungsinstitut WZIAM in Titows Auftrag unter 2.041 Eigentümern, Direktoren und Topmanagern russischer Firmen durchgeführt hat. In seinem Interview am 6. Juni erklärte Titow, dass Putin bis Jahresende 160 Gesetzentwürfe zur Verbesserung der Businessbedingungen in Russland der Staatsduma zuleiten will.⁵ Russland soll im Weltbankrating Doing Business den 20. Platz erreichen.

Nach Mitteilung der Weltbank macht der Staatssektor in der russischen Wirtschaft 71 % des BIP aus.⁶ Dabei erwirtschaften die reinen Staatsbetriebe 29 % des BIP. Die 26 größten staatlichen russischen Unternehmen tragen allerdings eine Schuldenlast in der Höhe von 102 % des BIP. Der russische Staat hat dagegen Schulden in Höhe von 111 % des BIP. Der staatliche Sektor und die staatlichen Betriebe verfügen über Aktiva in einer Größenordnung von 381 % des BIP, aber über Verpflichtungen in Höhe von 400 % des BIP. Der Pensionsfonds hat Schulden in Höhe von 282 % des BIP. Die Schattenökonomie macht in Russland laut Titow 51 % des BIP aus.

In seinem Bericht stellt Titow fünf große Probleme der russischen Wirtschaft fest:

1. Die Marktkonkurrenz und das private Großbusiness sind keine Quellen für Wirtschaftswachstum. Die Hauptquellen bleiben wie bisher der Rohstoffsektor und der Staat.
2. Das Verhältnis von Risiko zu Rentabilität verschlechterte sich. Im Ergebnis wachsen hauptsächlich der Rohstoffsektor, der Handel und eine Reihe „nicht-handelbarer“ Zweige, wobei offensichtlich der vom Staat finanzierte öffentliche Sektor gemeint ist. Der Verarbeitungssektor und die Wirtschaft als ganze stagnieren.
3. Das dritte Problem ist der überflüssige Kontroll- und Beaufsichtigungsapparat.

⁵ <http://pasm.ru/archive/107348>

⁶ <http://kommersant.ru/doc/2480928>



4. Das vierte Problem ist, dass „wir technologisch zurückbleiben“.
5. Das fünfte Problem ist die „geringe unternehmerische Aktivität und die Unterstützungsstimmung bei der Bevölkerung“, also die Subventionsmentalität. Der damalige Präsident Dmitrij Medwedew hatte in seiner für Kremlverhältnisse schonungslosen Analyse der Situation Russlands am 10. September 2009 die alte russische Gewohnheit kritisiert, „sich bei der Lösung von Problemen auf den Staat zu verlassen, auf das Ausland, auf irgendwelches allmächtiges Wissen, auf irgendwas Beliebigen, nur nicht auf sich selbst“.⁷

Titow zieht in seinem Bericht an Putin folgende Schlussfolgerung: „Das gegenwärtige Wirtschaftsmodell sichert die Bedürfnisse der Bevölkerung und die Durchführung der staatlichen Politik in den notwendigen Ressourcen, ist aber wenig effektiv, aufwendig und labil bezüglich der negativen Veränderungen am Rohstoffmarkt. Es kann nicht das weitere Wachstum des Lebensniveau der Bevölkerung sichern und die Vermehrung der staatlichen Einnahmen.“

Notwendig ist nach Titow ein neues Wirtschaftsprogramm, keine Szenarien, sondern eine Strategie mit gut artikulierten KPIs (Key Performance Indicators) und einem Plan konkreter Handlungen. Die Hauptaufgabe der neuen Wirtschaftspolitik besteht in erster Linie für ihn darin, die russische Wirtschaft für das Business profitabler zu machen. Es muss ein staatliches Programm verabschiedet werden zur Stimulierung der Entwicklung der Privatwirtschaft, vor allem des Produktionssektors, der gleichberechtigt zum staatlichen Erdölsektor zu einer Quelle für Wirtschaftswachstum wird und die sozio-ökonomische Entwicklung des Landes sichern kann. Bis zum Jahr 2025 sollen in Russland 25 Mio. hochproduktive Arbeitsplätze geschaffen werden.

Das Wirtschaftsprogramm sollte in drei Schlüsselrichtungen entwickelt werden:

1. Unternehmerische Aktivität
2. Neue Industrialisierung
3. Entwicklungsprojekte.

Anmerkung: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder. Dieser erschien erstmalig in der für die Mitglieder des Deutsch-Russischen Forums erstellten Analyse „Russland intern aktuell“, Nr. 62, Juni 2014.

⁷ Vgl. „Russische Innenpolitik September 2009“, S. 2-4.



Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider